



Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

Was Kinder zum Lernen brauchen Sachverständige äußern sich zu Plänen für die Grundschule

15. Januar 2020 – Kleinere Klassen, hochwertige Angebote im Offenen Ganzttag, eine bessere Bezahlung von Lehrkräften – das forderten Sachverständige im Ausschuss für Schule und Bildung. Der Anhörung lag ein Antrag der Grünen-Fraktion zugrunde.

Die Landesregierung habe angekündigt, sich „mit einem großen Wurf der Grundschule widmen zu wollen“, heißt es im Antrag der Grünen („Zukunftsplan Grundschule“, 17/6739). Termine seien allerdings verstrichen, „ohne dass auch nur in Ansätzen deutlich wird, womit sich der sogenannte ‚Masterplan Grundschule‘ beschäftigen wird“.

In einem 14-Punkte-Plan fordern die Grünen, dass u. a. ein Konzept erarbeitet werde, wie sich Grundschulen zu „Quartiersschulen mit der entsprechenden Vernetzung“ entwickeln können – ähnlich wie Kitas, die sich zu Familienzentren mit Bildungs- und Unterstützungsangeboten verändert hätten. Die Landesregierung solle zudem ein „Unterstützungskonzept“ für Grundschulen erarbeiten, das einen „schulscharfen Sozialindex“ beinhalte; ein solcher Index formuliert Kriterien, anhand derer Schulen mit besonderen Herausforderungen mehr Personal und Ressourcen erhalten.

Grundschulen solle in Zukunft ermöglicht werden, in den „gebundenen Ganzttag“ zu wechseln, bei dem sich Unterricht und außerunterrichtliche Angebote am Vor- und Nachmittag durchmischen, fordern die Grünen. Bei der Bezahlung von Lehrkräften an Grundschulen sei „die erforderliche Anpassung an das Niveau der Lehrkräfte in der Sekundarstufe II vorzunehmen“.

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme legten die Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen dar, sie seien „offen für jede Maßnahme“, die das Bildungswesen stärke. Um qualitativ hochwertige Ganztagsangebote zu schaffen, bedürfe es landesweiter Standards für Personal und Räume; das Land müsse für die Mehrkosten aufkommen. Auch mit Blick auf Quartiersschulen würden sich „veränderte Raumbedarfe“ ergeben.

Der Grundschulverband NRW unterstützte die Forderungen der Grünen „in allen Punkten“.

Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen fehlten in Nordrhein-Westfalen „in einem bedrückenden Ausmaß“. Von einer sach- und fachgerechten Ausstattung könne vielerorts nicht die Rede sein. „Die pädagogische Infrastruktur ist teilweise marode oder gar nicht vorhanden.“ Aufgrund einer unzureichenden Finanzierung klaffe beim Offenen Ganzttag „eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit“.

Mehr Personal, kleinere Klassen

Auch der Verband für Bildung und Erziehung begrüßte die im Antrag genannten Forderungen, „da es grundlegend notwendig ist, die Grundschule in NRW zukunftsfähig zu machen“. Der Verband forderte eine Eingangsbesoldung nach A13/EG13 für alle Lehrkräfte sowie multiprofessionelle Teams in Schulklassen. Um Entlastungen für Lehrkräfte zu erreichen, solle u. a. die Klassengröße auf 24 Kinder reduziert werden, wobei Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf doppelt zu zählen seien. Der VBE äußerte sich positiv zu angedachten Quartiersschulen. Die aktuelle Ausstattung von Grundschulen lasse eine solche Weiterentwicklung in der Regel aber nicht zu.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sieht mit Blick auf Grundschulen „dringenden Handlungsbedarf“. Die Gewerkschaft forderte eine Besoldung nach A13z/EG13, mehr Entlastung für Lehrkräfte und „endlich gute Standards für die Inklusion an Grundschulen“. Angesichts der jetzigen Bedingungen, die durch Sparpolitik und falsche Priorisierungen herbeigeführt worden seien, könnten Grundschulen „über die klassische Bildungsarbeit hinausgehende Aufgaben nicht leisten“. Daher sei das Konzept der Quartiersschulen – obwohl grundsätzlich zu begrüßen – aktuell nicht umzusetzen.

Laut Landeselternschaft Grundschule in NRW weist der 14-Punkte-Plan der Grünen „etliche Merkmale zur Verbesserung der Situation an Grundschulen“ auf. Leider nehme keine Forderung die finanzielle und „damit auch schulräumliche Situation der Städte“ in den Blick. Es fehle die Aufforderung an das Land, Städte bei der Umsetzung von Quartiersschulen, der Erarbeitung eines „schulscharfen Sozialindex“ und beim Wechsel zum gebundenen Ganzttag finanziell zu unterstützen. Das Thema Inklusion sei mit dem Antrag „maximal gestreift“ worden. Damit werde „eine der drängendsten Herausforderungen von Grundschule aus unserer Sicht nicht angemessen berücksichtigt“.

tob

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.